

Er bemerkt weiter:

"Auf die häufig entstehenden Kosten und die Minderung des Nutzeffektes bei einer - aus konjunkturellen Gründen ratsam erscheinenden - Verlangsamung oder Beschleunigung öffentlicher Investitionen sei hier besonders hingewiesen."

Dieser Aussage ist nichts hinzuzufügen, wobei wir über Hankel Fundament-Überbauverständnis den Mantel der Nächstenliebe breiten möchten.

Nun handelt es sich aber nicht einfach um Dehnung und Komprimierung von Infrastrukturinvestitionen. Mit einer Politik des restriktiven Kredits zur Boomdämpfung besteht nun seit jeher die Unmöglichkeit, im Infrastrukturbereich den Notwendigkeiten entsprechend zu investieren. Im Finanzbereich 1971 heißt es dazu auf S. 12:

"Nach Ansicht der Bundesregierung ist die "Erfüllung ... zum Teil jahrelang vernachlässigter Staatsaufgaben" bereits durch die restriktive Ausgabenpolitik in den Jahren 1969 und 1970 gefährdet worden."

Zur skizzierten Problematik des Infrastrukturbereichs als Bereich und Mittel antizyklischer Politik kommt die Tatsache, daß dieses Mittel offenbar am besten funktioniert, wenn es restriktiv gebraucht wird. Investitionsverzicht im Infrastrukturbereich und mittelfristige Krisenvermeidung scheinen einander zu bedingen. Damit erzeugt eine Politik, die darauf beschränkt ist (die in den zyklischen Krisen erscheinenden), Widersprüche abzustumpfen, zugleich sich langfristig verschärfende, so den zwischen zur Entfaltung drängenden Kapitalmasse und mangelnden Basiseinrichtungen. Dieser sonst latente Konflikt brach mit den Maßnahmen zur Glättung der Dollarkrise von 1971 offen auf:

- Die für Infrastrukturmaßnahmen notwendige Kreditbeschaffung wird beim Bund um 1 Milliarde, bei den Ländern um 800 Millionen DM vermindert.
- 85 % der aus früheren Haushaltsjahren bestehenden Kreditermächtigungen dürfen nicht mehr in Anspruch genommen werden.
- Aufträge sollen zeitlich gestreckt und zurückgestellt werden: Beim Bund im Umfang von 2-3 Milliarden DM, bei den Ländern von 1,5 - 2 Milliarden DM. Auch die Gemeinden sollen entsprechend verfahren. Das Land Hessen muß allein in der Sparte Verkehr Ausgabenkürzungen um mehr als 50 Millionen vornehmen, in NRW gilt ein Baustopp für einen Großteil der öffentlichen Bauaufgaben.

In dieser Situation empfiehlt der Wirtschafts- und Finanzminister der SPD/FDP-Regierung "gestreckte Reformen" oder noch besser "Reformen, die kein Geld kosten" (146). Wir sehen: Da im Zweifelsfalle - so der Währungskrise 71 - unmittelbare Systemsicherung bei drohender Krise den Vorrang hat, verbleibt, ja vergrößert sich der "infrastrukturelle Lag": unmittelbare Kapitalverwertung wird gesichert um den Preis der sich permanent verschärfenden Drohung langfristig erschwelter Bedingungen.

Wachsende Verwertungsschwierigkeiten aufgrund sich stetig verschlechternder infrastruktureller Bedingungen ist jedoch noch in anderer Hinsicht das Ergebnis einer "Politik des Kapitals". War einerseits ein hoher Exportüberschuß der Rettungsanker der Kapitale in der Krise von 66/67, bilden sie eine massive Lobby für

eine Politik, die ihre Exporte mit falschen Wechselkursen subventioniert (147), so halten sie damit eine Politik aufrecht, die gezwungen ist, einen großen Teil des Produktivkapitals den ausländischen Kapitalinteressen und kurzfristigen inländischen Kapitalinteressen, aber nicht dem Ausbau der eigenen Infrastruktur zugute kommen zu lassen. Im Jahresgutachten 1968/69 "Alternativen außenwirtschaftlicher Anpassung" bemerkt der Sachverständigenrat unter Ziffer 189:

"Was wir den inländischen Gebietskörperschaften und Unternehmen an Chancen zum Ausbau unseres Produktionsapparates und unserer Infrastruktur versagt haben, hat das Ausland real zum Teil erhalten (unser Exportüberschuß) und zum Teil behalten (unser Importdefizit)."

Auch unter diesem Aspekt ist die Garantie hoher Exportprofite zugleich die Garantie sinkender internationaler Konkurrenzfähigkeit. Ministerialdirektor Ehrenberg will es den Konzernen "deutlich machen":

"Vor allem ist deutlich zu machen, daß rund 35 Milliarden DM Gold- und Devisenreserven weder die Binnenkaufkraft der deutschen Mark sichern noch den "Reichtum der Nation" widerspiegeln, sondern nichts anderes bedeuten, als dem Ausland zinslos gestundete Güter und Dienstleistungen und damit Verzicht auf Infrastrukturleistungen in dieser Größenordnung."

Die Beantwortung der Frage, ob dies alles im Bereich manipulativer Beliebigkeit liegt, ob dies alles nur Finanzprobleme sind, überlassen wir am besten Herrn Ehrenberg selbst.

Hat sich so die Aufgabenstellung "das Eine durch das Andere" zur "das Eine zur gegen das Andere" verschoben, so gilt das zugleich auch für die Frage des Stadt-Land-Gegensatzes. Jede zyklische Krise verschärft nicht nur die Konzentration der Kapitale, sie verschärft zugleich auch in dem Maße wie sie die Industrie nach Branchen verschieden trifft, die räumliche Konzentration. Böventer (149) führt aus, daß die Krise 67/68 - abgesehen von den ohnehin strukturschwachen Ballungen - die ländlichen Gebiete stärker getroffen hat als die Ballungsräume.

"Die von 1968 bis 1970 überall auch in den ländlichen Räumen feststellbare konjunkturelle Aufwärtsentwicklung täuscht darüber hinweg, daß trotz der regionalen Sozialpolitik der Wachstumspfad nach unten verschoben worden ist." Ins deutsche übersetzt heißt das nichts anderes, als daß die Krise in schwach entwickelten ländlichen Gebieten die stärksten Spuren hinterläßt und nicht nur zur Kapitalkonzentration, sondern zugleich auch zu räumlicher Konzentration führt, ohne sich um die frommen Sprüche von Chancengleichheit etc. weiter zu kümmern. Die nach der Krise einsetzende staatliche Investitionspolitik muß dabei auch nach der Logik des Kapitals und nicht nach der des guten Willens verfahren. Es "drohte diese neue Förderung (die des sich vor dem Kollaps befindlichen Ruhrkohlebergbaus), insbesondere an der Ruhr, die die dort ohnehin gegebenen Standortvorteile erheblich aufwertete, die Ansiedlungschancen für die klassischen Fördergebiete erheblich zu vermindern" (150).

Fassen wir zusammen:

- Staatliche Sekundärverteilung entwickelt auf sich objektiv verengender Basis, verfügt über einen Anteil an der Wertsumme, der in degressiver Verlaufs-